



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Provinzial muss öffentlich bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich im Rahmen des politischen Dialoges mit den Landesregierungen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Landes Nordrhein-Westfalen für eine weiterhin öffentlich getragene Provinzial einzusetzen.

Aufgabe eines öffentlichen Versicherers ist die Erfüllung des öffentlichen Auftrages, der auch im öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband verankert ist.

Um eine dauerhafte Erfüllung und Sicherstellung des öffentlichen Auftrages zu gewährleisten, befürwortet der Landtag auch einen länderübergreifenden Zusammenschluss öffentlicher Versicherer in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Hierbei müssen die Interessen der beteiligten Länder betreffend ihrer regionalen Verantwortung, Verankerung und Identität der heute bestehenden Versicherer gewahrt bleiben sowie die Sicherheit der Arbeitsplätze verfolgt werden.

Alle öffentlichen Finanzdienstleister (Sparkassen, öffentliche Versicherungen, Landesbausparkassen) haben eine zentrale Bedeutung für eine ausgewogene soziale Marktwirtschaft, indem sie eine Daseinsvorsorge gewährleisten, die nicht vordergründig am Profit orientiert ist. Gerade vor dem Hintergrund von Niedrigzinsen und Finanzmarktkrise mit Hinblick auf die private Altersvorsorge, aber auch wegen zunehmender finanzieller Risiken durch gehäufte Elementarschäden aufgrund des Klimawandels sowie der Versicherung von öffentlichen Risiken (z.B. Krankenhäuser, kommunale Daseinsvorsorge) ist der gemeinwohlorientierte Auftrag der öffentlichen Versicherer von offenkundiger Bedeutung. Auch die Versicherung von Hebammen könnte eine Aufgabe von öffentlichen Versicherern sein.

Mit Blick auf das Gemeinwohlinteresse an der Versicherbarkeit solcher Risiken braucht die Bevölkerung und die öffentliche Hand mehr denn je insolvenz- und krisensichere öffentliche Versicherer, die nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet sind.

Der Landtag begrüßt die gemeinsame Erklärung zwischen Betriebsrat und Vorstand der Provinzial NordWest Holding AG, nach der das Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Auftrag nachhaltig und dauerhaft erfüllt wird.

Der Landtag stellt fest, dass mit dieser Vereinbarung der öffentliche Auftrag der Provinzial in einer Deutlichkeit formuliert wird, wie dieses seit dem Jahr 2001 mit der Umwandlung der schleswig-holsteinischen Provinzial Brandkasse und der Provinzial Leben in Aktiengesellschaften nicht mehr gegeben war.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Falle einer Verschmelzung der drei Provinzial Brandkasse Nord AG, der Westfälische Provinzial Versicherung AG und der Hamburger Feuerkasse Versicherung AG mit Nachdruck für den Erhalt des Standortes Kiel und den Verbleib der Arbeitsplätze in Kiel einzusetzen.

Thomas Rother
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW